

# Eigenmächtige Sanierung

Weustenfeld

2024

ISBN 978-3-406-82737-2

C.H.BECK

schnell und portofrei erhältlich bei  
[beck-shop.de](https://beck-shop.de)

Die Online-Fachbuchhandlung [beck-shop.de](https://beck-shop.de) steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen.

[beck-shop.de](https://beck-shop.de) hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird [beck-shop.de](https://beck-shop.de) für sein umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

# Münchener Universitätschriften

Reihe der Juristischen Fakultät

Herausgegeben

von

Armin Engländer, Hans Christoph Grigoleit, Rudolf Streinz

Band 261

  
**beck-shop.de**  
DIE FACHBUCHHANDLUNG

**beck-shop.de**  
DIE FACHBUCHHANDLUNG

# Eigenmächtige Sanierung

Zum Verfahrenseingangsschutz der Anteilseigner  
bei Insolvenz und Restrukturierung

von

Dr. Florian Weustenfeld

2024

beck-shop.de  
DIE FACHBUCHHANDLUNG



Zitiervorschlag: Weustenfeld Eigenmächtige Sanierung S.

**beck-shop.de**  
beck.de  
D 6  
DIE FACHBUCHHANDLUNG

ISBN Print 978 3 406 82737 2  
ISBN E-Book (ePDF) 978 3 406 82746 4

© 2024 Verlag C.H.Beck oHG  
Wilhelmstraße 9, 80801 München  
Druck und Bindung: Beltz Grafische Betriebe GmbH  
Am Fliegerhorst 8, 99947 Bad Langensalza  
Satz: Fotosatz Buck  
Zweikirchener Str. 7, 84036 Kumhausen  
Umschlag: Martina Busch, Grafikdesign, Homburg/Saar



[chbeck.de/nachhaltig](https://chbeck.de/nachhaltig)

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier  
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Alle urheberrechtlichen Nutzungsrechte bleiben vorbehalten.  
Der Verlag behält sich auch das Recht vor, Vervielfältigungen dieses Werkes  
zum Zwecke des Text and Data Mining vorzunehmen.

## Vorwort

Diese Arbeit lag der Juristischen Fakultät der Ludwig-Maximilians-Universität im Jahr 2023 als Dissertation vor. Sie befindet sich im Wesentlichen auf dem Stand vom Juli 2023. Diverse Neuerscheinungen und gerichtliche Entscheidungen habe ich bis Juni 2024 nachgetragen.

Mein außerordentlicher Dank gilt zunächst meinem Doktorvater Professor Dr. Matthias Habersack für die fachlich wie menschlich hervorragende Promotionsbetreuung. Er gab mir wertvolle Hinweise zur Arbeit und ließ mir zugleich essentielle Gestaltungsfreiräume. Danken möchte ich auch dem Zweitgutachter Professor Dr. Dr. h. c. Peter Kindler, Professor Dr. Rudolf Streinz, Professor Dr. Hans Christoph Grigoleit und Professor Dr. Armin Engländer danke ich für die Aufnahme der Arbeit in die Reihe der Münchener Universitätsschriften.

Besonderer Dank gebührt ferner den zahlreichen Experten aus der Sanierungspraxis, die sich für eine Befragung zur Thematik bereitwillig zur Verfügung gestellt und so der Bearbeitung empirisches Gewicht verliehen haben.

Auch möchte ich meiner Familie, meinen Freunden sowie meiner Freundin danken, die maßgeblich zum Gelingen dieser Arbeit beigetragen haben. Von ganzem Herzen bedanke ich mich bei meinen Eltern für ihre bedingungslose Unterstützung in allen Lebenslagen. Ihnen ist diese Arbeit gewidmet.

München, im Juni 2024

*Florian Weustenfeld*

beck-shop.de  
DIE FACHBUCHHANDLUNG

**beck-shop.de**  
DIE FACHBUCHHANDLUNG

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort .....	V
Abkürzungsverzeichnis .....	XV
<b>1. Teil: Einleitung</b> .....	<b>1</b>
A. Sanierung und Mitsprache der Gesellschaftseigentümer .....	1
B. Gang der Untersuchung .....	4
<b>2. Teil: Krisenpflichten zwischen Anteilseigner- und Gläubigerinteressen</b> ...	<b>7</b>
A. Interessendivergenz in der Krise und Leitungsermessen .....	7
I. Prinzipal-Agenten-Konflikt .....	7
II. <i>Gambling for Resurrection</i> in der Unternehmenskrise .....	8
III. Ökonomischer Wechsel der Residualberechtigung .....	10
IV. Rechtsdogmatische Bestandsaufnahme: Unternehmensinteresse und Gläubiger .....	11
B. Insolvenzantragspflicht versus freiwillige Verfahrenseinleitung .....	14
I. Pflicht zur Stellung eines Insolvenzeigenantrags .....	14
1. Die zwingenden Insolvenzgründe .....	14
a) Zahlungsunfähigkeit .....	14
b) Überschuldung .....	16
aa) Allgemein zum insolvenzrechtlichen Überschuldungsbegriff .	16
bb) Speziell zur Fortführungsprognose .....	18
cc) Abgrenzung zur drohenden Zahlungsunfähigkeit nach den Änderungen des SanInsFoG .....	19
2. Normzweck und generelle Ausgestaltung der Insolvenzantrags- pflicht .....	22
3. Drohende Strafbarkeit und Haftungsfolgen .....	24
II. Freiwilliges Insolvenz- und Restrukturierungsverfahren .....	25
1. Drohende Zahlungsunfähigkeit .....	25
a) Begriff der drohenden Zahlungsunfähigkeit .....	25
b) Gestaltungsspielraum und Missbrauchspotential .....	26
c) Wechsel der Residualberechtigung? .....	27
aa) Unwägbarkeiten der Unternehmensbewertung .....	28
bb) Einfluss der drohenden Zahlungsunfähigkeit auf Bewertung .	28
2. Fakultativer Insolvenzantrag .....	30
a) Gesetzeskonzeption .....	30
b) Vertretungskompetenz .....	30

3. Restrukturierungsanzeige .....	32
a) Gesetzeskonzeption .....	32
b) Vertretungskompetenz .....	33
III. Resümierende Einordnung der materiellen Insolvenzzreife in das Ge- samtgefüge der Insolvenzgründe .....	33
C. Pflicht zur Sanierung und Einbeziehung der Anteilseigner in der Krise .....	35
I. Allgemein zur dogmatischen Verankerung der Sanierungspflicht .....	35
II. Begriff und Formen der Sanierung .....	36
III. Grundkonzeption der Sanierungspflicht und Haftungssanktionierung .....	37
IV. Begrenzung der Sanierungspflicht durch das Kompetenzgefüge .....	39
V. Einbeziehung der Anteilseigner in der Krise sowie Krisen- früherkennungs- und Informationspflichten .....	40
1. Rechtslage vor Eintritt der materiellen Insolvenzzreife .....	40
2. Rechtslage nach Eintritt der materiellen Insolvenzzreife .....	41
VI. Verhältnis der Sanierungspflicht zur Verfahrenseinleitung .....	42
1. Keine Gesellschaftsfortführung entgegen dem Willen der Anteils- eigner .....	43
2. Freiwilliges Insolvenzverfahren versus Sanierungsverantwortung und Primat des Restrukturierungsverfahrens? .....	44
a) Abwägung im Lichte des Gesellschaftsinteresses .....	44
b) Kein abstraktes Rangverhältnis der Sanierungsvarianten .....	44
aa) Rechtspraktisches Rangverhältnis .....	45
bb) Keine Verrechtlichung des Rangverhältnisses .....	45
D. Zusammenfassung .....	47
<b>3. Teil: Eingriffsintensität für Anteilseigner: Insolvenz versus StaRUG .....</b>	<b>49</b>
A. Skizze der Zielrichtung und Grundkonzeption der Verfahren .....	49
I. Insolvenzverfahren und kollektive Haftungsverwirklichung .....	49
II. Restrukturierungsverfahren und Akkordstörer-Problematik .....	51
B. Auswirkung auf Bestand der Gesellschaft und Verbandszweck .....	53
I. Gesellschaftsauflösung und Vorrang des Insolvenzzwecks .....	53
II. Restrukturierungsziel versus Verbandszweck? .....	54
C. Verbandsverfassung und Kompetenzverteilung .....	55
I. Insolvenzverfahren .....	55
1. Regelinsolvenzverfahren und <i>Weber</i> 'sche Verdrängungstheorie .....	55
2. Eigenverwaltungsverfahren und Schutzschirm .....	57
a) Wirkung und Reichweite des § 276a InsO .....	58
aa) Inhaltliche Reichweite .....	58
bb) Zeitliche Reichweite .....	59
b) Sonderfall des Schutzschirmverfahrens .....	60
3. Insolvenzplanverfahren .....	60
II. Restrukturierungsverfahren .....	61
1. Grundsatz: Fortbestehen der Organisationsverfassung .....	61
2. Einschränkung durch Gläubigerinteressenwahrungspflicht .....	61

a)	Dogmatische Einordnung der Pflicht und Verfahrensbezogenheit .	61
b)	Implikationen für das verbandsinterne Kompetenzgefüge . . . . .	63
c)	Gebotenheit europarechtskonformer Auslegung . . . . .	66
d)	Auswirkung bei Verfahrenshandlungen und Schlussfolgerungen .	67
3.	Einschränkung durch Einsetzung eines Restrukturierungsbeauftragten . . . . .	68
D.	Einbeziehung der Anteilseigner im Insolvenz- und Restrukturierungsplan .	69
I.	Ein Seitenblick auf die Gesetzeshistorie . . . . .	69
II.	Gesellschaftsrechtlich zulässige Planregelungen . . . . .	72
1.	Überblick . . . . .	72
2.	Gesellschaftsrechtliche Regelungen im Insolvenzplan . . . . .	73
a)	Meinungsbild . . . . .	73
aa)	Gesellschaftsrechtliche (enge) Auslegung . . . . .	73
bb)	Insolvenzrechtliche (weite) Auslegung . . . . .	74
b)	Stellungnahme . . . . .	74
aa)	Subordination des Gesellschaftsrechts . . . . .	74
bb)	Lex-specialis Ansatz als rechtsdogmatisches Fundament . . . . .	76
c)	Grenze bei rein schuldnerbezogenen Kompetenzen? . . . . .	78
3.	Gesellschaftsrechtliche Regelungen im Restrukturierungsplan . . . . .	78
a)	Meinungsbild . . . . .	79
b)	Stellungnahme für ein einheitliches Begriffsverständnis . . . . .	79
III.	Planvorlagerecht und dynamische Planentwicklung . . . . .	80
IV.	Planabstimmung und Obstruktionsverbot . . . . .	81
1.	Allgemein zur Planabstimmung . . . . .	81
2.	Obstruktionsverbot . . . . .	82
3.	Speziell zum Schlechterstellungsverbot . . . . .	83
E.	Weitere mittelbare Beeinträchtigungen der Rechte der Anteilseigner . . . . .	85
F.	Zusammenfassung . . . . .	86
<b>4. Teil:</b>	<b>Verfahrenseingangsschutz der Anteilseigner und dessen Grenzen . . .</b>	<b>89</b>
A.	Die Schnittstelle zwischen Insolvenz- und Gesellschaftsrecht . . . . .	89
I.	Erforderlichkeit einer Verfahrenseingangskontrolle? Funktionsdefizite bestehender Rechtsinstitute aus Sicht der Anteilseigner . . . . .	89
1.	Gesellschaftsrechtliche Schutzmöglichkeiten . . . . .	89
a)	Regelungen in Gesellschaftsvertrag bzw. Satzung . . . . .	90
aa)	Statuarischer Verfahrenseingangsschutz . . . . .	90
bb)	Gesamtvertretungsmacht . . . . .	90
b)	Abberufung der Geschäftsleitung . . . . .	90
c)	Weisung . . . . .	91
d)	Gesellschaftsrechtliche Zustimmungserfordernisse innerhalb der Verfahren . . . . .	91
e)	Zur gesellschaftsrechtlichen Treuepflicht . . . . .	91
aa)	Treuepflicht als Schutzmechanismus im und vor dem Sanierungsverfahren . . . . .	91

bb) Exkurs: Treuepflicht und Mitwirkungspflichten der Anteilseigner .....	93
f) Weitere gesellschaftsrechtliche Schutzmöglichkeiten gegen Planregelungen .....	94
aa) Gesellschaftsrechtliche Beschlussmängelklage .....	94
bb) Austrittsrecht aus wichtigem Grund .....	95
2. Prozedurale Schutzmechanismen .....	95
a) Insolvenzverfahren .....	95
aa) Insolvenzeröffnungsverfahren .....	95
(1) Gerichtliche Prüfung des Insolvenzgrunds .....	95
(2) Gerichtliche Prüfung der Rechtsmissbräuchlichkeit .....	96
(3) Rücknahme des Insolvenzantrags .....	96
bb) Eröffnetes Insolvenzverfahren .....	97
(1) Sofortige Beschwerde .....	97
(2) Antrag auf Verfahrenseinstellung .....	98
b) Restrukturierungsverfahren .....	99
aa) Wirksamkeit der Restrukturierungsanzeige .....	99
bb) Verfahrensaufhebung und Rechtsmissbräuchlichkeit .....	99
cc) Rücknahme der Restrukturierungsanzeige .....	100
c) Planbezogene Schutzmechanismen .....	100
aa) Schutz durch das Abstimmungsregime und Obstruktionsverbot .....	100
bb) Minderheitenschutzantrag .....	101
cc) Planbestätigung .....	102
dd) Sofortige Beschwerde .....	102
3. Weitere zivilprozessuale und zivilrechtliche Schutzmechanismen .....	103
a) Einstweiliger Rechtsschutz .....	103
b) Schutzschrift und Anhörung der Gesellschafter .....	105
4. Zwischenergebnis und Schlussfolgerungen .....	105
II. Insolvenzantragspflicht als Grenze der Dispositionsbefugnis? .....	107
1. Schrifttum .....	107
2. Stellungnahme: Differenzierende Betrachtung .....	107
a) Grundsatz: Keine Dispositionsbefugnis über Insolvenzantragspflicht .....	107
b) Ausnahme: Beschluss innerhalb der Höchstfrist und Sanierungskonzept .....	109
III. Primat der Gläubiger bei drohender Zahlungsfähigkeit? .....	110
1. Überblick über Meinungsstand .....	110
a) Vorwirkung des Insolvenzrechts .....	110
b) Shift of fiduciary duties .....	111
2. Vorab: Sanierungsblockade und Gläubigereinfluss .....	112
a) Verfahrensblockade durch die Anteilseigner in der Rechtspraxis? .....	112
aa) Ergebnisse aus der Expertenbefragung .....	112
bb) Vorteile eines Sanierungsverfahrens für Anteilseigner .....	113
cc) Rationale Verfahrensblockade versus gläubigergefährdende Sanierungsblockade .....	114
b) Vertraglicher und faktischer Einfluss der Finanzgläubiger .....	115
aa) Verhandlungsmacht der Finanzgläubiger .....	115

bb) Speziell: Finanzinvestoren und deren Schutzwürdigkeit . . . . .	117
cc) Möglichkeiten der zwangsweisen Durchsetzung von Gläubigerpositionen . . . . .	119
c) Zwischenergebnis und Schlussfolgerungen . . . . .	121
3. Keine Vorwirkung des Insolvenzrechts . . . . .	121
a) Historische Auslegung: Streichung des § 2 StaRUG-RegE . . . . .	121
b) Vorgaben der Restrukturierungsrichtlinie . . . . .	123
aa) Art. 19 lit. a RRL . . . . .	123
(1) Meinungsstand . . . . .	123
(2) Stellungnahme . . . . .	124
bb) Art. 19 lit. b und c RRL . . . . .	127
cc) Art. 12 RRL und Erwägungsgrund 96 Satz 1 i. V. m. Art. 32 RRL . . . . .	128
dd) Zwischenergebnis . . . . .	128
c) Grammatikalische Auslegung . . . . .	129
aa) Insolvenzverfahren . . . . .	129
bb) Restrukturierungsverfahren . . . . .	129
d) Gesetzssystematik und Telos . . . . .	130
aa) Keine Vorwirkung aus § 276a InsO . . . . .	130
bb) Keine Vorwirkung der Regelungen zur Planeinbeziehung . . . . .	131
cc) Konzeptionelle Entscheidung für Freiwilligkeit der Verfahren . . . . .	131
dd) Friktionen mit dem gesellschaftsrechtlichen Kompetenz- gefüge . . . . .	131
ee) Zwischenergebnis . . . . .	132
4. <i>Shift of fiduciary duties</i> und Organisationsverfassung – Zugleich Auseinandersetzung mit § 2 Abs. 2 StaRUG-RegE . . . . .	132
a) Auswirkungen eines Pflichtenumschwungs auf die Organisa- tionsverfassung . . . . .	133
aa) Implikationen für den Verfahrenseingangsschutz . . . . .	133
(1) Allgemein . . . . .	133
(2) Suspendierung der Verfahrenseingangskontrolle durch § 2 StaRUG-RegE? . . . . .	134
(3) Nähere Betrachtung der Gläubigerinteressen in § 2 Abs. 2 StaRUG-RegE . . . . .	136
bb) Dissonanz zwischen Gläubigerausrichtung der Geschäftslei- tung und der Organisationsverfassung im Übrigen . . . . .	139
cc) Zwischenergebnis . . . . .	141
b) Pflichtenumschwung zum Gläubigerinteresse in der Krise <i>de lege</i> <i>lata</i> ? . . . . .	141
aa) Meinungsstand . . . . .	141
bb) Kein Pflichtenumschwung vor materieller Insolvenzreife . . . . .	143
(1) Keine Aufladung des gesellschaftsrechtlichen Pflichten- maßstabs . . . . .	143
(2) Keine analoge Anwendung der §§ 43 Abs. 1 Satz 1, 32 Abs. 1 Satz 1 StaRUG . . . . .	145
(3) Regulierungstheoretische Erwägungen . . . . .	145
cc) Zwischenergebnis . . . . .	147
5. Abrundende verfassungsrechtliche Erwägungen . . . . .	148

B. Verfahrenseingangsschutz in der GmbH .....	149
I. Meinungsstand zum Insolvenzverfahrenseingangsschutz .....	150
1. OLG München-Urteil und Rezeption im Schrifttum .....	150
2. Weitere dogmatische Begründungsansätze in der Literatur .....	151
3. Qualifiziertes Mehrheitserfordernis .....	152
II. Meinungsstand zum Restrukturierungsverfahrenseingangsschutz .....	152
1. Restrukturierungsrechtliche versus gesellschaftsrechtliche Auffas- sung .....	153
2. Mehrheitserfordernis und Ausnahme der Zustimmungsbefähigung .....	154
III. Stellungnahme: Erforderlichkeit eines Gesellschafterbeschlusses .....	155
1. Keine zwingenden Schlüsse aus Einberufungspflichten .....	155
2. Kompetenzgefüge in der GmbH .....	155
a) Hierarchische Organisationsverfassung und Weisungsgebunden- heit .....	155
b) Grundlagengeschäft versus außergewöhnliche Maßnahme .....	156
aa) Kritische Würdigung der Kategorie des Grundlagengeschäfts im GmbH-Recht .....	156
(1) Vom Personengesellschaftsrecht ins GmbH-Recht .....	156
(2) Seitenblick auf andere Rechtsgebiete .....	158
bb) Vorlagepflicht bei außergewöhnlichen Maßnahmen .....	159
cc) Subsumtion: Verfahrensinitiierung als außergewöhnliche Maßnahme .....	160
(1) Keine unmittelbar eintretenden Rechtseinbußen .....	160
(2) Gesellschaftsauflösung versus Reorganisationsmöglich- keit .....	161
(3) Organisationsverfassung im Verfahren .....	162
(4) Ausnahme bei fehlendem Eingriff in Anteilsrechte durch Planregelungen? .....	162
(5) Sanierungswahlmöglichkeiten bei drohender Zahlungsun- fähigkeit .....	163
3. Rechtlich unerhebliche Einwände .....	163
a) Beschleunigungserfordernis und Praktikabilitätsabwägungen .....	163
b) Vergleich mit anderen Sanierungsgeschäftsführungsmaßnahmen .....	164
c) Verstoß gegen Zustimmungserfordernis ohnehin sanktionslos? .....	164
d) Rechtsvergleichende Befunde .....	165
IV. Stellungnahme: Mehrheitserfordernis .....	167
1. Fakultatives Insolvenzverfahren .....	167
2. Restrukturierungsverfahren .....	168
3. Vorrang einer Regelung im Gesellschaftsvertrag .....	169
V. Grenzen des Verfahrenseingangsschutzes .....	169
1. Unbeachtlichkeit einer verfahrensblockierenden Weisung bei dro- hender Insolvenzverursachungshaftung .....	169
2. Notgeschäftsführung .....	170
3. Treuepflicht .....	171
4. Sanierungspflicht und Dispositionsbefugnis der Gesellschafter .....	171
a) Der Vorschlag von Thole und Brinkmann .....	171
b) Sanierungspflicht und Gläubigerschutz .....	172

a)	Grundsatz: Nur reflexiver Gläubigerschutz durch Sanierungspflicht .....	172
b)	Ausnahmsweise primär gläubigerschützender Charakter der Sanierungspflicht .....	173
c)	Konturierung und Verteidigung gegen mögliche Einwände .....	174
aa)	Ausnahmecharakter .....	174
bb)	Kongruenz mit Rechtsprechungsgrundsätzen .....	174
cc)	Einwand der Rechtsunsicherheit und Präzisierung .....	175
d)	Haftungsfragen .....	177
VI.	Zwischenergebnis .....	178
C.	Verfahrenseingangsschutz in der AG .....	180
I.	Meinungsstand zum Insolvenzverfahrenseingangsschutz .....	180
1.	Befürworter und wesentliche Argumente .....	180
2.	Gegner und wesentliche Einwände .....	181
II.	Meinungsstand zum Restrukturierungsverfahrenseingangsschutz .....	182
1.	Befürworter und wesentliche Argumente .....	182
2.	Gegner und wesentliche Einwände .....	183
III.	Stellungnahme: Erforderlichkeit eines Hauptversammlungsbeschlusses .....	184
1.	Anforderungen der <i>Holzmüller/Gelatine</i> -Doktrin und Subsumtion .....	184
a)	Qualitatives Element .....	185
aa)	Tatbestandliche Anforderungen .....	185
bb)	Subsumtion: Fakultativer Insolvenzantrag .....	185
(1)	Gesellschaftsauflösung, Zweckänderung und Kompetenzbescheidung .....	185
(2)	Ungewissheit der Folgen? .....	186
(3)	Entwertete Rechtsposition der Aktionäre? .....	186
(4)	Mangelnder Mediatisierungseffekt im Insolvenzverfahren? .....	186
cc)	Subsumtion: Restrukturierungsanzeige .....	188
(1)	Rechtsträgererhalt versus gesellschaftsrechtliche Planregelungen .....	188
(2)	Restriktiv ausgestaltete Mitverwaltungskomponente in der AG .....	189
(3)	Konformität mit StaRUG-Verfahrenskonzeption .....	190
(4)	Zwischenergebnis .....	190
b)	Quantitatives Element .....	190
c)	Faktische Probleme einer Hauptversammlungskompetenz .....	191
2.	Einschränkung der Kompetenz durch Sanierungspflicht .....	193
3.	Rechtsfolgen der <i>Holzmüller/Gelatine</i> -Kompetenz .....	193
IV.	Erforderliche Mitwirkung des Aufsichtsrats .....	194
V.	Zwischenergebnis .....	195
D.	Kompetenzgefüge bei flankierenden Verfahrenshandlungen .....	196
I.	Antrag auf Eigenverwaltung und Schutzschirm .....	196
II.	Vorlage eines Insolvenzplans .....	198
1.	Meinungsstand .....	198
2.	Rechtslage in der GmbH .....	199

a) Fortgeltung des verbandsrechtlichen Kompetenzgefüges .....	199
aa) Vor dem Verfahren .....	200
bb) Im Verfahren: Zuordnung des Planvorlagerechts zum Schuldnerbereich .....	200
b) Gesellschaftsrechtliche Kompetenzen und deren Einschränkung im Einzelfall .....	201
3. Rechtslage in der AG .....	201
a) Zur Anwendbarkeit der Holzmüller/Gelatine-Doktrin in der Insolvenz .....	201
b) Hauptversammlungskompetenz bei Planvorlage .....	202
III. Restrukturierungsplanvorlage und Antrag auf Planbestätigung .....	203
IV. Resümierende Bewertung .....	204
E. Rechtsfolgen fehlender Einbeziehung der Anteilseigner .....	204
I. Wirksamkeit der Verfahrenseinleitung .....	204
1. Grundsatz: Keine Auswirkung auf Wirksamkeit .....	204
2. Ausnahme: Missbrauch der Vertretungsmacht .....	205
II. Haftung des Geschäftsführers .....	206
1. Organhaftung wegen Verletzung des Kompetenzgefüges .....	206
2. Außenhaftung gegenüber den Anteilseignern .....	208
a) Haftung des Geschäftsführers nach § 823 Abs. 1 BGB .....	208
b) Haftung des Geschäftsführers nach § 826 BGB .....	210
3. Bewertung: Haftungssanktion als zahnlöser Tiger? .....	212
4. Handlungsempfehlungen für Geschäftsführer .....	213
F. Überlegungen zum Verfahrenseingangsschutz <i>de lege ferenda</i> .....	215
I. Optimierung durch gerichtliche Prüfungspflicht .....	215
II. Partielle Einschränkung des Verfahrenseingangsschutzes .....	217
III. Gläubigerantrag und Ausweitung des Planvorlagerechts .....	218
IV. Resümierende Bewertung .....	221
<b>5. Teil: Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse .....</b>	<b>223</b>
<b>Literaturverzeichnis .....</b>	<b>233</b>
<b>Anhang .....</b>	<b>251</b>
A. Interviewpartner .....	251
B. Struktur der Interviews .....	253
I. Praxisfragebogen für Insolvenzverwalter .....	253
II. Praxisfragebogen für vorwiegend beratend tätige Sanierungsexperten ..	256